



Talsole durchschritten

Der LINKE Kommunalexperte Sascha Bilay räumt mit dem Märchen von den finanzschwachen Kommunen auf. Denen ging es sogar noch besser, wenn die CDU nicht auf der Bremse stehen würde.

Die Bude brennt in Erfurt. Anders lässt sich die hitzige Debatte im Thüringer Landtag nicht beschreiben, als über den Landeshaushalt und somit auch über die Kommunal Finanzen für das Jahr 2022 diskutiert wurde. Während die CDU der Landesregierung vorwirft, dass diese die kommunale Ebene am langen Arm verhungern lässt, weist rot-rot-grün diese Vorwürfe zurück. „Das Gegenteil ist der Fall“, erklärt der Kommunalexperte der Linken im Thüringer Landtag Sascha Bilay, denn im nächsten Jahr baut Rot-Rot-Grün die Finanzmittel der Thüringer Kommunen aus. Und das sei auch bitter nötig, denn die bisherigen Regelungen hätten zur Folge, dass die Landesmittel für die Gemeinden, Städte und Landkreise um rund 80 Millionen Euro sinken würde. Die linksgeführte Landesregierung verzichtet jedoch auf diese Kürzung, um die Kommunen während der Corona-Pandemie zu unterstützen. „Von einer Kürzung der Kommunal Finanzen kann keine Rede sein, denn das Land stellt zusätzlich weitere 70 Millionen Euro zur Verfügung. Davon entfallen 10 Millionen Euro auf Sozialträger und rund 60 Millionen Euro kommen den Landkreisen und kreisfreien Städten zweckungebunden und steuerunabhängig zu Gute“, so Bilay



70 Millionen Euro stellt Rot-Rot-Grün den Kommunen zur Verfügung. Von einem kaputtsparen der Städte und Gemeinden wie unter der CDU-Regierung kann also überhaupt meine Rede sein.

weiter. Außerdem werden die kommunalen Steuereinnahmen im kommenden Jahr voraussichtlich steigen. Die Talsole kann als durchschritten betrachtet werden kann. Eine weitere Chance für gerechtere Kommunal Finanzen ist auch die angedachte Reform des kommunalen Finanzausgleichs. Aus einem Gutachten der Uni Köln

geht hervor, dass durch die derzeitigen Mechanismen des kommunalen Finanzausgleichs ein finanzielles Ungleichgewicht zwischen den Landkreisen und Gemeinden vorliegt. Die jetzt angedachte Umsetzung des wissenschaftlichen Papiers würde dieses Ungleichgewicht beseitigen und zu einer Verschiebung von kreislichen hin zu gemeindli-

chen Aufgaben führen. „Während jedoch die Bundesländer wie Schleswig-Holstein oder das Saarland die Empfehlungen des Gutachtens vollständig umsetzen und somit die Finanzsituation der Kommunen verbessern, drückt die CDU in Thüringen auf die Bremse und lässt nur eine Teilumsetzung zu“, fasst Bilay zusammen. **PH**

Schafft endlich „Sichere Häfen“!

2019 gründete sich das Städtebündnis, und erfährt auch in Thüringen immer größeren Zuspruch.

Noch immer ertrinken Menschen auf der gefährlichsten Fluchtroute Europas: dem Mittelmeer. Während die Bundesregierung tatenlos zusieht gründeten 2019 auf einem Kongress der Initiative „Seebrücke“ insgesamt 12 Städte das Bündnis „Sichere Häfen“. Die Initiative dazu aus der brandenburgischen Landeshauptstadt Potsdam, die einige Tage zuvor die Potsdamer Erklärung verabschiedet hatte. „Sichere Häfen“ heißen geflüchtete Menschen willkommen und sind bereit, mehr Menschen



Auch in Thüringen gehen regelmäßig Menschen für „Sichere Häfen auf die Straße.“

aufzunehmen. Gemeinsam wollen sie eine starke Gegenstimme zur europäischen Abschottungspolitik schaffen und appellieren an die Bundesregierung, sich weiterhin verstärkt für die Bekämpfung von Fluchtursachen stark zu machen. Das Städtebündnis möchte zusätzlich zur Aufnahmequote mehr Menschen in ihrer Kommune unterbringen. Den 12 Gründungsstädten haben sich mittlerweile 267 Städte aus Deutschland angeschlossen. In Thüringen existieren vier

Städte mit dem Status sichere Häfen: Jena, Erfurt, Saalfeld und Weimar. **PH**

Impressum

DIE THÜRINGENGESTALTER
Kommunalpolitisches Forum
Thüringen e.V.
V.i.S.d.P.: Markus Gleichmann
Landesgeschäftsstelle
Trommsdorffstraße 4
99084 Erfurt
Telefon: 0361 54128389